

THÜR. LANDTAG POST
11.10.2022 08:45

24290/22



Thüringer
Bauernverband e.V.

Thüringer Bauernverband e.V. (TBV) | Landesgeschäftsstelle | Alfred-Hess-Straße 8 | 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss
Jürgen- Fuchs- Straße 1
99096 Erfurt

Landesgeschäftsstelle
Alfred-Hess-Str. 8
99094 Erfurt

Telefon
0361 26253 – 320

Telefax
0361 26253 – 225

Internet
www.tbv-erfurt.de

vorab per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Twitter:
[@BauernverbandTH](https://twitter.com/BauernverbandTH)

Erfurt, 10. Oktober 2022

Entwürfe Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Corona-Pandemie-Hilfsfondgesetzes

Drs.: 7/6298 (Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) und 7/6353 (Entwurf der Fraktion CDU)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Emde,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 GO des Thüringer Landtages wurde dem Thüringer Bauernverband e. V. (TBV) die Gelegenheit eingeräumt, zu den Gesetzentwürfen zur Änderung des Thüringer Corona-Pandemie-Hilfsfondgesetzes (ThürCorPanG)schriftlich Stellung zu nehmen. Wir möchten uns für diese Möglichkeit bedanken und wie folgt ausführen:

Die geplante Änderung des ThürCorPanG dahingehend, dass über die Folgen der Corona-Pandemie hinaus auch die Folgen der Energiepreiskrise/ Energiekrise mit den Mitteln des bestehenden Sondervermögens abgedeckt werden sollen, begrüßen wir. Die Folgen dieser Krise treffen auch die Landwirtschaft in vielfältigen Bereichen, sei es beispielsweise bezüglich des erforderlichen Stroms für Melkkarusselle, Lüftungssysteme in Schweinestallanlagen und Trocknungsanlagen für Getreide, Raps und Kamille oder hinsichtlich der gestiegenen Kosten für Düngemittel aufgrund der explodierten Gaspreise.

Inwiefern die teilweise Umwidmung des ursprünglich für die Folgen der Corona-Pandemie errichteten Sondervermögens auf die Folgen der Energie(preis)krise tatsächlich möglich ist, ist juristisch durch den Landtag zu prüfen.

Die Erweiterungen der Überschrift des Gesetzes, des § 1 Satz 1 und des § 2 Absatz 1 um die Worte „und der Energie(preis)krise“ sind zwangsläufig erforderlich.

In § 2 Absatz 2 ThürCorPanG sind juristisch gesehen Regelbeispiele für die Verwendung der Mittel des Sondervermögens aufgeführt, diese sind nicht abschließend.

Der Gesetzentwurf der Regierungsfractionen (Drs.: 7/6298) sieht in Nr. 5 eine Ergänzung „der Folgen der Pandemie“ um „und der Energiepreiskrise“ vor. Insofern stellt sich die Frage, ob nicht auch die Nr. 3, 7 und 8 dann entsprechend angepasst werden sollten. Nr. 3 spricht von dem Ausgleich der Folgen der Familien wegen eines erhöhten Betreuungsaufwandes aufgrund der Folgen der Pandemie (niemand kann ausschließen, dass nicht auch Betreuungseinrichtungen für Kinder und Schulen im Winter geschlossen werden müssen, entgegen der derzeitigen Aussagen der Politik). Gleiches gilt für Nr. 7 (Maßnahmen zur Etablierung verbindlicher Standards für den Distanzunterricht im Zuge der Corona-Pandemie, zur Schaffung digitaler Lernvoraussetzungen für sozialbenachteiligte Schülerinnen und Schüler und Bereitstellung professioneller Online-Lehrangebote) sowie die Nr. 8 (Maßnahmen zur Stabilisierung der kommunalen Haushalte, wenn infolge der Pandemie die Leistungsfähigkeit ... in Frage gestellt ist).

Regelbeispiele sind zwar nicht abschließend und es kommen unabhängig von der tatsächlichen Aufzählung im Gesetz auch andere Fallkonstellationen für die Mittelanwendung im Sinne des § 2 Absatz 2 in Betracht, aber wenn man einmal eine Anpassung der Regelbeispiele vornimmt, so halten wir es für angebracht, dies in allen Punkten zu tätigen.

Ob man nun, wie es die Fraktion der CDU in ihrem Gesetzentwurf (Drs.: 7/6353) tut, die Regelbeispiele komplett neu fasst, ist Geschmacksache und eher politisches Wortgefecht.

Ebenso halten wir es für bedenklich eine Mittelverwendung im Verhältnis 85 % Energiekrise und 15 % Corona-Pandemie (wie in der Drs.: 7/6353 § 2 Absatz 4 vorgesehen) festzuschreiben. Die tatsächliche Entwicklung der Corona-Pandemie und der Energie(preis)krise ist nicht zweifelsfrei absehbar und damit auch nicht die erforderlichen Maßnahmen innerhalb der beiden Krisen. Soweit eine prozentuale Festlegung der Verwendung des Sondervermögens juristisch nicht erforderlich ist, würden wir es bevorzugen, davon abzusehen.

Die Gesetzentwürfe unterscheiden sich auch hinsichtlich der Dauer der Errichtung des Sondervermögens und dessen Ablauf (31. Dezember 2023 oder 31. Dezember 2024). Da es sich bei einem Sondervermögen um eine Ausnahme zum normalen Landeshaushalt handelt, würden wir eine kürzere Laufzeit befürworten und gegebenenfalls, soweit erforderlich, eine Verlängerung vornehmen (wie auch in der Vergangenheit bereits erfolgt).

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführerin